



Presseinformation



Wiesbaden, den 10. September 2013

Nr. 485

Wetterauer Ausländerbehörde soll zum Vorreiter gelebter Willkommenskultur werden

Staatsminister Jörg-Uwe Hahn überbringt Wetteraukreis Zusage für Projekt „Ausländerbehörden – Willkommensbehörden“

Wiesbaden/Wetteraukreis (pdw). „Integration muss gelingen, das ist für Hessen eine der großen gesellschaftlichen Aufgaben, heute und in Zukunft noch mehr. Jeden Tag kommen Menschen hierher, um neu anzufangen. Wir brauchen den Beitrag dieser Menschen für unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft, um unsere soziale Sicherung und unseren hart erarbeiteten Wohlstand zu bewahren – sie sind uns willkommen. Zuwandererinnen und Zuwanderer stehen in Kontakt mit den Ausländerbehörden. Die Behörden sind ein Aushängeschild unseres Landes! Deshalb sind sie als zentrale Anlaufstelle besonders gefordert, eine Kultur des Willkommens in Hessen zu vermitteln.“

Mit diesen Worten übergab Hessens Minister der Justiz, für Integration und Europa und stellvertretender Ministerpräsident, **Jörg-Uwe Hahn**, heute den offiziellen Bescheid an

Landrat **Joachim Arnold** für die Teilnahme des Wetteraukreises an dem Projekt „**Ausländerbehörden – Willkommensbehörden**“, das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge deutschlandweit initiiert wurde.

Landrat Joachim Arnold sagte, dass „die Ausländerbehörde meist die erste Anlaufstelle für die Migranten ist. Sie sollen sich hier direkt wohlfühlen. Ich bin froh, dass der Wetteraukreis eine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion für zukünftige Willkommensbehörden sein wird“.

Die Wetterauer Ausländerbehörde nimmt als einzige Behörde in Hessen an diesem bundesweiten Projekt teil. Mit dem Projekt ist beabsichtigt, die Erfahrungen vieler Ausländerbehörden aus sowohl ländlich als auch urban strukturierten Regionen Deutschlands zusammenzuführen und daraus musterhafte Prozesse abzuleiten, die es auch anderen Ausländerbehörden ermöglichen, eine aktive Willkommenskultur umzusetzen.

"Ich bin sehr erfreut, dass das Projekt schon dieses Jahr beginnt und will, dass Zuwanderer in unserer Behörde spüren, dass sie in Deutschland und in der Wetterau willkommen sind und dass wir ihre mitgebrachten Potenziale anerkennen und würdigen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels ist es im wohlverstandenen Eigeninteresse, Menschen mit Migrationshintergrund den Einstieg vor Ort in unsere Gesellschaft zu erleichtern", so Landrat Arnold zur Motivation der Bewerbung des Wetteraukreises.

Der Anspruch, als Willkommensbehörde zu agieren, stehe dabei für eine serviceorientierte Behörde, die durch die Vernetzung mit anderen Ämtern, mit Partnern wie Wohlfahrtsverbänden und Migrantenorganisation sowie mit Partnern der lokalen Wirtschaft Beratung aus einer Hand anbietet und damit den Zuwanderinnen und Zuwanderern einen positiven Eindruck von Hessen als internationalem Standort vermittelt. „Mit dem Projekt sollen die Willkommens- und Anerkennungskultur in unterschiedlichen Bereichen staatlichen Handelns umgesetzt werden“, ergänzte Staatsminister Hahn bei der Übergabe des Bescheides.

Der Minister wies darauf hin, dass der Wetteraukreis Teil des Rhein-Main-Gebietes sei, dessen Stärke Internationalität und Weltoffenheit sei. Hier seien ausländische Firmen

beheimatet. Von hier aus verkaufen deutsche Firmen ihre Produkte und Dienstleistungen in alle Welt. Er freue sich deshalb, dass der Wetteraukreis den Ehrgeiz habe, Vorbild-Funktion für ganz Hessen zu übernehmen. Die Ausländerbehörde könne hier zum Vorreiter gelebter Willkommenskultur werden! „Deshalb habe ich mich ausdrücklich dafür eingesetzt, dass der Wetteraukreis den Zuschlag zur Teilnahme am Willkommensprojekt erhält“, betonte Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn.

Landrat Arnold erinnerte daran, dass die Ausländerbehörde des Wetteraukreises mehrfach wegen ihrer Entscheidungen in die Schlagzeilen geraten sei. Sie habe in der Tat 30 Personen im vergangenen Jahr abgeschoben. Das habe u.a. mit den Standorten zweier Strafanstalten in der Wetterau zu tun, denn mehrheitlich habe es sich um verurteilte Straftäter gehandelt, die nach Ansicht der Gerichte eine Gefahr für die Sicherheit und Ordnung in Deutschland darstellten. Im Übrigen würden gut 95 Prozent der von Verwaltungsgerichten überprüften Entscheidungen der Ausländerbehörde bestätigt.

Arnold versicherte, dass es nun darum gehe zu zeigen, dass die Wetterauer Ausländerbehörde auf die Klienten freundlich zugehe, sich als Dienstleister betrachte und dass sie modernes Konfliktmanagement beherrsche: „Genau deshalb haben wir uns für das Projekt beworben. Es ist eine sehr gute Möglichkeit, unserem Selbstverständnis als weltoffener Wetteraukreis auch institutionell deutlich Ausdruck zu verleihen.“

Landrat Arnold unterstrich, dass gute Anknüpfungspunkte vorlägen: „Hessenweit gibt es keine Behörde, die besseren Service oder längere Öffnungszeiten anbietet. Im vergangenen Jahr haben wir mehr als 10.000 Aufenthaltsgenehmigungen erteilt, 400 Visaanträge positiv begleitet und ebenso viele Einbürgerungen vorgenommen. Das Projekt gehen wir jetzt gemeinsam an. Ich bin sicher, dass wir bereits in den kommenden Jahren gute Erfolge vorweisen können.“

Der Integrationsminister zeigte sich zuversichtlich, dass das Projekt „Willkommensbehörde“ mit dem Wetteraukreis gelingen werde. Die Ausländerbehörde wirke im Rahmen der Projektarbeit daran mit, den Paradigmenwechsel in der hessischen Integrationspolitik fortzuführen, der auf ein gelebtes und tatkräftiges Willkommen für Zuwandererinnen und

Zuwanderer abziele. „Dazu zählt auch das öffentliche Ansehen der Institution Ausländerbehörde zu stärken“, so der Minister.

Hahn: „Zuwanderer willkommen heißen“

Minister Hahn ergänzte: „Ich will, dass Zuwanderer schon in unserer Verwaltung spüren, dass sie in Hessen willkommen sind und dass wir ihre mitgebrachten Potentiale anerkennen und würdigen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels liegt es im wohlverstandenen Eigeninteresse unseres Landes, Menschen mit Migrationshintergrund den Einstieg in unsere Gesellschaft zu erleichtern“.

Er erläuterte weiter, dass das Projekt „Ausländerbehörde - Willkommensbehörde“ von einer wissenschaftlichen Forschungseinrichtung begleitet werde. Zur Koordinierung werde ein Projektbeirat eingerichtet, dem Vertreter des Bundes, der Länder, der Ausländerbehörden und auch Experten aus Migration und Integration angehörten. Im Rahmen des Projektes würden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interkulturell geschult. Das heiße, sie lernen kulturelle Besonderheiten zu erkennen und richtig zu deuten. Damit könne das Projekt auch dazu beitragen, Konfliktsituationen zwischen Mitarbeitern und Kunden zu verhindern.